„Alles hat Grenzen“

Richterinnen und Staatsanwälte sind überbelastet, Tausende Verfahren sind offen. In dieser Woche legen sie ihre Arbeit nieder.

ANNA BOSCHNER

WIEN. Richterinnen und Staatsanwälte schlagen Alarm. Martin Ulrich, Generalanwalt und Vorsitzender der Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, warnt vor längeren Verfahren und Qualitätsverlusten. Im Gelben Salon der Generalprokuratur im Justizpalast in Wien erklärt Ulrich, warum die Politik jetzt handeln muss.

SN: Die Justiz ist am Limit, sagen Sie. Was bedeutet das für Menschen, die in Österreich Opfer einer Straftat werden?
Ich schicke voraus: Die Kolleginnen und Kollegen versuchen, die Verfahren schnellstmöglich und bestmöglich zu erledigen. Niemand hat ein Interesse daran, dass Verfahren länger dauern als unbedingt notwendig. Das funktioniert seit vielen Jahren trotz fehlender Personalausstattung so gut, dass wir bei internationalen Rankings immer noch Spitzenplätze belegen. Aber das darf nicht auf Kosten der Gesundheit gehen. Wenn das Personal nicht ausreicht, werden Verfahren länger dauern. Opfer müssen dann länger auf ein Urteil und möglicherweise auch auf Schadenersatz warten. Das wollen wir verhindern.

SN: Wie viel länger könnten Verfahren künftig dauern?
Schwierig zu sagen, ich habe keine Glaskugel. Aber den Befund, dass es nicht besser wird, sondern wir bei der Verfahrensdauer und bei dauerhafter Überlastung auch bei der Qualität Verschlechterungen befürchten, den kann man anstellen.

SN: Steigt dadurch auch das Risiko von Fehlurteilen?
Bei einer dauerhaften Mehrbelastung ist das der Sicherung hoher, unveränderter Qualität auf Dauer nicht zuträglich. Die Kolleginnen und Kollegen bemühen sich natürlich, dass diese gewahrt wird. Ich habe den Eindruck, dass das bis dato noch gelingt. Aber wir befürchten sehr, dass das nicht ad infinitum geht. Das wird sicher nicht funktionieren.

SN: Was könnte kurzfristig helfen?
Die Standesvertretungen haben Hunderte Vorschläge aus unterschiedlichsten Rechtsbereichen eingebracht. Über 200 Vorschläge, deren Umsetzung die Justiz befürworten würde, sind übrig geblieben. Vor dem Sommer wurden sieben davon von der Politik beschlossen. Das ist gut und wichtig, betrifft aber teils sehr kleine Bereiche. Die Justizministerin arbeitet daran, dass im Herbst ein größeres Paket kommt. Das unterstützen wir sehr. Aber letztlich muss das politisch auch beschlossen werden.

SN: Mehr als 193 weitere Vorschläge sind also noch offen. Was zum Beispiel?
Ein Beispiel sind die Fluggastrechte. Diese belasten die betroffenen Bezirksgerichte extrem. Da könnte man Verfahren effizienter gestalten, ohne immer eine mündliche Verhandlung durchführen zu müssen. Oder im Strafrecht: Wenn eine Hauptverhandlung länger als zwei Monate unterbrochen wird und die Verfahrensbeteiligten nicht zustimmen, muss sie gänzlich wiederholt werden. Man könnte überlegen, diese Frist auf drei oder vier Monate zu verlängern. Das wäre aus meiner Sicht vertretbar. Aber man darf nicht glauben, dass all diese Maßnahmen den Gegenwert von 70 Staatsanwälten oder 250 Richterinnen und Richtern haben. Ganz sicher nicht.

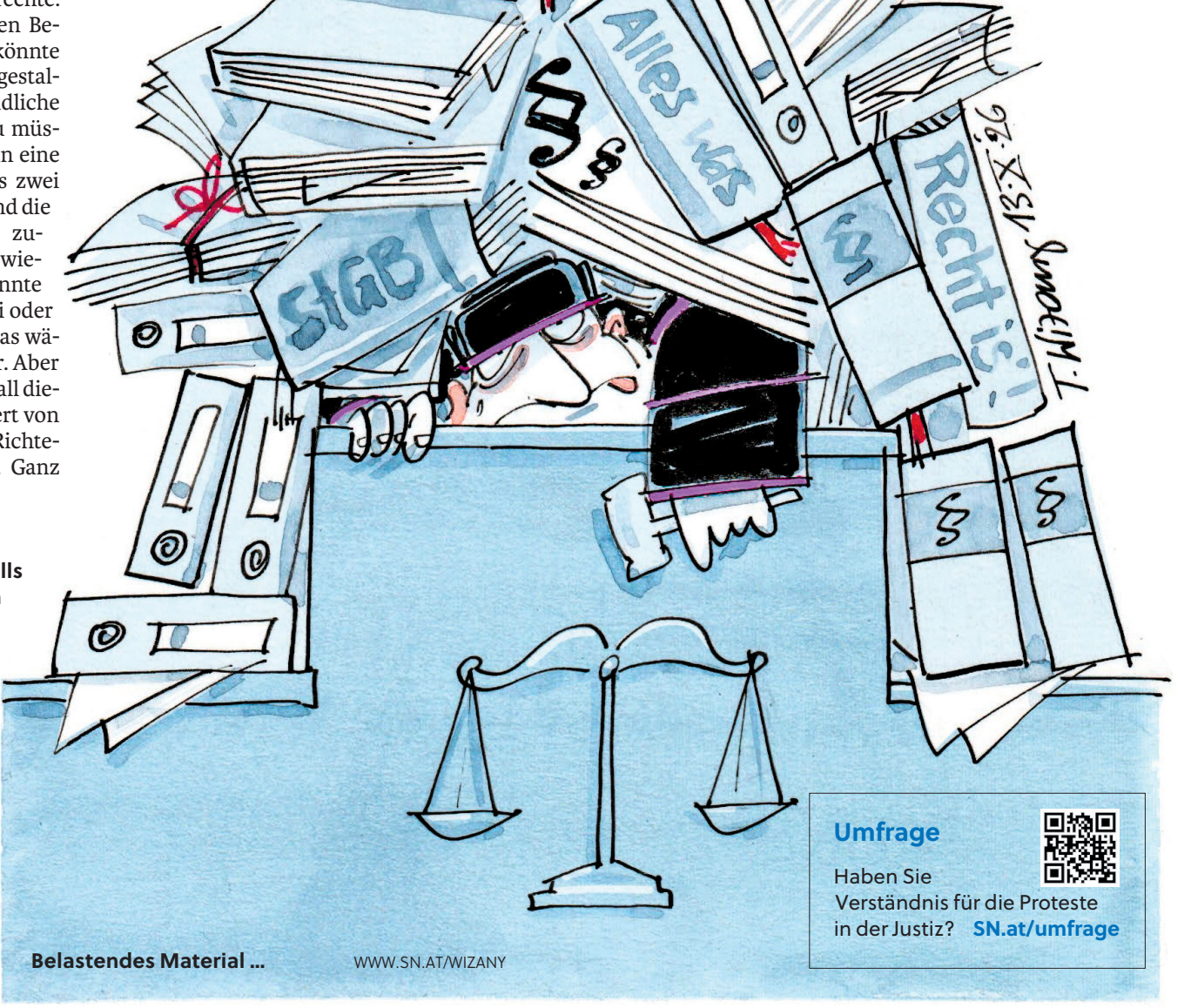
SN: Justizministerin Anna Sporrer fordert zwar ebenfalls mehr Personal, durchsetzen konnte sie sich in den Budgetverhandlungen aber offenbar nicht. Setzt sie sich nicht vehement genug ein?
Ich glaube schon, dass bis zum Schluss intensiv verhandelt worden ist. Mit welcher Vehemenz, das möchte ich gar nicht beurteilen. Aber ich habe den Eindruck, dass sie sich sehr intensiv bemüht hat. Wenn der politische Wille da ist, findet man auch Lösungen. Auch wenn das Budget zwischenzeitlich beschlossen wurde, ist es nicht in Stein gemeißelt.

SN: Zuletzt ist der Gesetzesentwurf der Ministerin zur Bundesstaatsanwaltschaft auf massive Kritik gestoßen. Wenn schon dieses Reformvorhaben auf derart große Widerstände stößt, trauen Sie ihr dann zu, die Personalnot in der Justiz zu lösen?
Ich bin ganz beim Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, der dafür plädiert hat, bei der Bundesstaatsanwaltschaft die Pausetaste zu drücken. Es gibt andere, drängendere Herausforderungen. Ich würde es sehr befürworten, wenn man die dafür vorgesehenen Mittel – ich denke, neun Millionen Euro sind hier genannt worden – für zusätzliche Planstellen verwendet. Wir als Standesvertretungen haben die Bundesstaatsanwaltschaft zwar jahrelang gefordert, aber auch gesagt: Das muss gut gemacht sein. Wenn das nicht der Fall ist, dann lassen wir es und bleiben bei dem bestehenden System, das ja funktioniert.

SN: Woher soll darüber hinaus das Geld für zusätzliche Planstellen kommen?
Das Problem der Justiz ist, dass wir seit jeher sehr schlank aufgestellt waren und sind. Wir haben keine Reserven anlegen können, von denen wir jetzt zehren könnten. Dazu kommt, dass regelmäßig neue Gesetze beschlossen werden, ohne das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen. Zuletzt zum Beispiel neue Regeln zur Handysicherstellung. Jede einzelne Änderung verursacht vielleicht nur wenig zusätzlichen Aufwand, aber in Summe wird daraus eine enorme Belastung. Ich vergleiche das immer mit der Salami: Wenn Sie ein paar Scheiben essen, ist es im besten Fall eine Delikatesse. Wenn Sie eine ganze Stange verdrücken, wird Ihnen schlecht. In dieser Situation sind wir jetzt.

SN: Sollte man angesichts knapper Ressourcen kleinere Straftaten, etwa einen Betrug um zehn Euro, künftig nicht mehr verfolgen?
Eine schwierige Gratwanderung. Man muss den eingetretenen Schaden, so ärgerlich er für die Betroffenen ist, ins Verhältnis zu den verfügbaren Kapazitäten und den Erfolgsaussichten einer Aufklärung setzen. Man muss sich fragen, ob es nicht vordringlicher ist, die beschränkten Kapazitäten dort einzusetzen, wo größere Ermittlungserfolge zu erwarten sind. So gern wir jeden Fall aufklären möchten.

SN: Wenn Sie am Sonntagabend zurück auf diese Aktionswoche blicken, was müsste geschehen sein, damit Sie sagen: Es hat sich gelohnt?
Positiv wären Signale der Politik, hier Abhilfe zu schaffen. Wichtig wäre ein Signal an die Kolleginnen und Kollegen: Es ist Licht am Ende des Tunnels. Wir haben in der Vergangenheit unseren Beitrag geleistet und werden das auch in Zukunft machen. Nur bitten wir um Verständnis, denn alles hat Grenzen. Die Auswirkungen der Personalnot treffen letztlich die rechtsschutzsuchende Bevölkerung. Das sollte auch der Politik ein Anliegen sein. Je früher, desto besser.



Belastendes Material … WWW.SN.AT/WIZANY

Umfrage
Haben Sie Verständnis für die Proteste in der Justiz? SN.at/umfrage


SN/ANNA BOSCHNER

Martin Ulrich, Generalanwalt und Vorsitzender der Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte in der GÖD.

Es fehlen Richter und Staatsanwälte

Die Protestwoche soll Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken, dem in den vergangenen Jahren zu wenig Beachtung geschenkt worden sei: die Überbelastung der Justiz. Diese legt deshalb den Betrieb vorübergehend still, bis Freitag finden nur äußerst dringliche Verhandlungen statt.

Die Richtervereinigung fordert in einem ersten Schritt 100 Planstellen binnen eines Jahres. Insgesamt gehe man jedoch von einem Fehlbestand von mehr als 250 richterlichen Planstellen aus. Den Staatsanwälten würden zudem 70 Planstellen fehlen.

Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) habe Verständnis für die Aktion, teilte sie am Montag mit. Sie verspricht zudem Maßnahmen, um die Justiz zu entlasten. Auch im Zivilverfahrensrecht soll es Änderungen geben. Gleichzeitig betont Sporrer auch: „Wir müssen erst die Staatsfinanzen in Ordnung bringen. Zudem belasten die geopolitischen Ereignisse unser Budget.“